
Jenseits der Wachstumsgesellschaft

**Bedingungen für den „inneren Frieden“ unserer
Gesellschaft**

Hannes Swoboda

1. Das Ende der Wachstumsgesellschaft?

Von den prominenten Ökonomen der älteren Generation hat sich vor allem Joan Robinson mit den Fragen der Zukunft des Kapitalismus, der Zukunft der – kapitalistischen – Wachstumsgesellschaft beschäftigt. In ihrem berühmten Aufsatz „Jenseits der Vollbeschäftigung“ der dem vorliegenden Beitrag zu seinem Titel verholfen hat, schreibt Joan Robinson unter anderem: „Gewiß muß man zugeben, daß der Kapitalismus mit der Vollbeschäftigung, wie wir sie seit dem Krieg erlebt haben, einen imponierenden Anblick bietet – rapides Wachstum in vielen Ländern, Ausdehnung des Luxus und Verringerung des Elends; größere Freiheit und Selbstachtung des einzelnen, der nicht mehr unterwürfig um eine Anstellung nachsuchen muß, weil er sonst vor die Hunde geht“¹.

Aber nur wenig später stellt Joan Robinson sich und ihren Lesern die Frage: „Aber was soll denn eigentlich wachsen? Was heißt Volkswohlstand?“ Das reale Sozialprodukt, das in den amtlichen Veröffentlichungen ausgewiesen ist, besteht aus dem Volumen, der Umsätze an Gütern und an Dienstleistungen, berichtet nach Preisveränderungen. Was zählt ist das, was verkauft worden ist. „Produktive Investition ist Investition, die Kapazität zur Erhöhung der Umsätze schafft... Man streitet sich nicht herum, was für die Gesellschaft nützlich ist, und was nicht, sondern darum, ob ein Gebiet für gewinnbringende Unternehmungen geschaffen wird oder nicht“².

Und ihren Aufsatz „Spätkapitalismus“ beendet sie mit der Schlußfolgerung: „daß es uns zwar ‚noch nie so gut gegangen‘ ist, wir uns aber gerade das ‚nicht leisten können‘ was wir am meisten benötigen“³.

Joan Robinson geht mit ihren Beiträgen weit über das hinaus, was

traditionelle Ökonomie abhandelt. Sie begnügt sich nicht mit der Frage nach Vollbeschäftigung, die im Zentrum der Keyneschen Überlegungen stand, sie versucht vielmehr, die Frage nach dem *was* produziert werden soll, zu stellen. Wir sind heute allerdings bei einer gesellschaftlichen Entwicklung angelangt, wo sich viele nicht damit begnügen, zu fragen, *was* denn eigentlich produziert werden soll, sondern auch die Frage des *wie*, und des *wieviel* stellen. Wie soll produziert werden, mit welchen Arbeitsprozessen, mit welchen Belastungen für die Umwelt, und wie viel soll eigentlich produziert werden, damit es nicht zu negativen Rückwirkungen auf die Qualität des Lebens kommt? Neue, zusätzliche Fragen sind aufgetaucht, die mit den Problemen der Wachstumsgesellschaft eng verbunden sind, die aber gerade deshalb über sie weit hinaus weisen.

Woher kommen aber die Probleme, worin haben die Fragen ihre Ursache? Man kann ohne Zweifel sagen, daß die Wachstumsgesellschaft ihre eigene Infragestellung, die Kritik an sich selbst mitproduziert. Diese Feststellung gilt auch dann, wenn man bedenkt, daß der durch Wachstum produzierte Wohlstand nur partiell verwirklicht wurde. Sowohl bei globaler, weltweiter, als auch bei nationaler Betrachtung kann man sicherlich nicht generell von einer Wohlstands- bzw. gar Überflußgesellschaft sprechen. Aber in vielen Bereichen für viele Schichten und Gruppen ist Überfluß zumindest im relativen Sinn zu konstatieren – bei gleichzeitigen Mangelerscheinungen in vielen sozialen vor allem zwischenmenschlichen Bereichen. Daher ist der Streit, ob wir in einer „Überflußgesellschaft“ leben oder nicht, müßig. Auch die partielle, teilweise Verwirklichung der Wohlstandsgesellschaft schafft zunehmend Kritik an ihr selbst, Kritik, die in diesen Formen und mit diesen Ausgangspunkten sicherlich nur deshalb vorgebracht wird, bzw. nur deshalb geäußert werden *kann*, weil Wohlstand doch in einem beträchtlichen Ausmaß in der kapitalistischen Wachstumsgesellschaft realisiert werden konnte. Und dabei zählt zu diesem Wohlstand nicht nur das Vorhandensein einer ausgedehnten Infrastruktur, nicht nur das relativ große Angebot an Konsumgütern und Dienstleistungen, sondern auch die vermehrte Freizeit (ist gleich Nicht-Arbeitszeit). Der in einer Wachstumsgesellschaft „eindimensionale“ Wohlstand entzieht der Gesellschaftskritik nicht den Boden. Was sich ändert, sind die Ansatzpunkte der Kritik, da die Mängel und Mangelerscheinungen andere sind.

Zurückkommend auf den Beitrag von Joan Robinsons „Jenseits der Vollbeschäftigung“ müssen wir aber gleichzeitig feststellen, daß wir uns noch gar nicht jenseits der Vollbeschäftigung befinden. Gerade die große Anzahl an Arbeitslosen, denen zum gegenwärtigen Zeitpunkt in vielen Ländern des OECD-Raumes Arbeit vorenthalten wird, deutet darauf hin, daß wir uns noch diesseits der Vollbeschäftigungsgesellschaft befinden. Stellen sich damit überhaupt jene Fragen, die erst jenseits der Vollbeschäftigung angesiedelt werden können? Haben wir überhaupt Zeit, Muße und moralische Legitimation, uns mit den Problemen so vager Vorstellungen wie der des „Qualitativen Wachs-

tums“ zu beschäftigen? Läßt uns die Konzentration auf die Erreichung bzw. Erhaltung der Vollbeschäftigung überhaupt einen Spielraum für andere Fragestellungen?

Betrachtet man die Diskussionen und die sozialen Bewegungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, dann wird man zum Schluß kommen müssen, daß wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen nicht in einem deutlich abgegrenzten Stufenprozeß mit einwandfrei sichtbaren Konturen versehen vor sich gehen. Man wird einsehen müssen, daß zum Beispiel die Frage der Vollbeschäftigung eine Frage ist, die sich immer wieder von neuem stellt. Technologische Entwicklungen, aber auch vielfach politisch motivierte, destabilisierende Einflüsse, zum Beispiel aus dem monetären Sektor, erzeugen immer wieder von neuem Arbeitslosigkeit. Auch wenn wir also heute in unserem wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsprozeß eine „Stufe“ weiter sind und sich damit auf Grund des Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte Fragen jenseits der Vollbeschäftigung aufdrängen, können wir die Frage der Vollbeschäftigung und damit des Wirtschaftswachstums nicht einfach fallen lassen. Nach wie vor ist sie eine zentrale, weil wir uns in vielen Ländern diesseits der Vollbeschäftigung befinden.

Die Gesellschaft ist also – vielleicht mehr als je zuvor – durch ungleichzeitige Entwicklungen in den realen Prozessen, aber insbesondere in den ideologischen Vorstellungen gekennzeichnet. Je nach sozialer Lage und den Erfahrungen zu Hause, in der Schule, in peer-groups und Subkulturen werden unterschiedliche Schlüsse und Konsequenzen aus gesellschaftlichen Vorgängen gezogen. Diese beziehen sich sowohl auf die Kritik an der Gesellschaft, wie auf die gewünschten, zukünftigen Entwicklungen.

Alte und neue Epochen fließen ineinander und sind nicht klar und eindeutig voneinander zu unterscheiden. Auch Marxisten wie zum Beispiel Oskar Negt, stellen sich die Frage: „Ob nämlich unser geschichtliches Argumentieren mit Stufen noch zutreffend ist ... Das lineare Schema von Stufen und Abfolgen unterstellt, daß die jeweils vorausgegangene Stufe komplett in der nachfolgenden aufgehoben, gewissermaßen geschichtlich abgearbeitet ist. Das halte ich für einen Irrtum“.

2. Die Kritik an der Gesellschaft und die Nostalgie

Unsere Gesellschaft ist nicht durch ein eindeutig dominierendes Strukturmerkmal bestimmt und bestimmbar. Das hat auch Konsequenzen für die Kritik an der Gesellschaft und ihre Bewertung durch Repräsentanten der Gesellschaft, vor allem wenn diese selbst in der Vergangenheit zu den „Systemveränderern“ gehört haben. Weil es nämlich nicht *ein* soziales Problem gibt, von dem alle anderen ableitbar sind, ist der Umgang mit den Kritikpunkten an der Gesellschaft schwieriger. Die Kritik selbst ist ja auch widersprüchlich. Unterdrückung wird durch so viele private und öffentliche Instanzen vermittelt,

daß Widerspruch und Kritik nicht ausschließlich, meist sogar nicht einmal primär an der Herrschaft durch das Kapital und der Unterdrückung durch die Kapitalisten ansetzbar sind. Daher kommen konservative Untertöne und Strömungen in dieser Kritik überraschend stark zum Ausdruck. Das bringt auch die Konservativen selbst in Schwierigkeiten. Die Kritik an gewissen Phänomenen der Gesellschaft schlägt rasch in blanke Apologie des technischen Fortschritts um, wie auch Carl Amery meint: „Berechtigtes Mißtrauen am Fortschritt schlägt immer noch um in Bejahung alter längst überfälliger Strukturen und Institutionen – solcher Strukturen und Institutionen, welche den Fortschritt der Systemzerstörung entweder selbst betreiben oder ihn jedenfalls nicht verhindern können“⁶⁵.

Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen verlieren aber damit oft an Konturen und grundsätzliche ideologische Positionen greifen nicht mehr bei der Beurteilung einzelner Aktivitäten und Protestaktionen. Günter Maschke verweist darauf, daß oft „der Basisgruppenmann, der Arm in Arm mit der Linken Industrieansiedlungen bekämpft, für die Verschärfung der Umweltschutzgesetze eintritt, und anschließend für die des Radikalenerlasses. Das mag eine vernünftige Haltung sein, – aber sie ermöglicht nicht mehr die Bildung scharf umrissener, ideologisch bestimmter Lager . . .“⁶⁶

Auf die Notwendigkeit den konservativen Angriff differenziert zu behandeln, verweist auch John Kenneth Galbraith, wenn er im Rahmen seiner Kritik der Wirtschaftspolitik Ronald Reagans verschiedene Varianten des Konservatismus unterscheidet. „Bei der Variante des konservativen Angriffs auf den wirtschaftlichen und sozialen Konsens, die ich die ernstzunehmende nenne, gehen die Kritiker davon aus, daß die Sozialausgaben nicht das Ergebnis eines sorgfältigen Urteils über Bedürftigkeit oder Kosten sind; sie seien vielmehr nach dem Motto, je höher, desto besser konstruiert worden. Die Angreifer sind überdies überzeugt, daß die Qualität der öffentlichen Verwaltung überaus mangelhaft ist, und – das ist das wichtigste – daß die makroökonomische Steuerung nicht mehr funktioniert. In allen drei Punkten scheint mir der Angriff gerechtfertigt zu sein. An diesen drei Punkten ist der wirtschaftliche und soziale Konsens verwundbar“⁶⁷.

Es wird damit offensichtlich, daß der konservative Standpunkt als solcher nicht mehr zurückzuweisen ist, indem auf seinen konservierenden Inhalt verwiesen wird. Vielfach wirft er Probleme und Fragen auf, die durchaus von einem kritischen, fortschrittlichen Standpunkt aus ebenso als berechtigt anzusehen sind. Es sind dies Fragen, auf die auch von einer nicht-konservativen, liberalen, bzw. sozialistischen Orientierung aus Antworten zu finden sind.

Eng im Zusammenhang mit dem Einschleichen „konservativer Elemente“ in die Kritik an der Gesellschaft steht das Auftauchen von gesellschaftlichen Sehnsüchten, die wir mit Nostalgie umschreiben können. Dabei ist die Nostalgie nach Dieter Baake unpolitisch und auch interesselos, aber dennoch für Politik relevant. „An ihr kann man keine ‚Tendenzen‘ ablesen, oder besser alle. An ihr wird deutlich, daß jede

Politik in Zukunft scheitern wird, die nicht ihre Programme mit neuer Sensibilität aus dem Hoffnungen und Erwartungen von Menschen aufbaut, die nicht ihren Alltagswelten nachspürt und sie beteiligt an der Lösung des Problems, wie künftig ein sinnvolles Leben aussehen sollte“⁸.

Was mit diesen Hinweisen ausgedrückt werden soll – und was im folgenden an Hand der Kritik der Jugend noch deutlich belegt werden soll – ist, daß in der Kritik an der Gesellschaft die heute in Büchern, Zeitschriften, Pamphleten etc. zum Ausdruck kommt, durchaus von den ursprünglichen Positionen aus gesehen konservative und fortschrittliche Elemente miteinander verknüpft sind. Die Kritik kann offensichtlich schwerlich eingeteilt werden in eine solche, die das Bewahrende und eine solche, die das zu Verändernde in den Vordergrund stellt. Vielmehr kommt es vielen Kritikern, vor allem aus dem Jugend- und „Alternativ“-bereich, auf das Gleichgewicht zwischen Bewahren und Verändern an. Es stellt sich damit die Frage, ob überhaupt noch in Zukunft die Schemata konservativ und fortschrittlich – im hergebrachten Sinn – sinnvoll verwendet werden können; ob es nicht vielmehr darauf ankommt, was im Einzelfall gemäß bestimmten Vorstellungen verändert bzw. bewahrt werden soll. Es wurde versucht, durch die Verwendung der Begriffe wert- bzw. strukturkonservativ hier eine Unterscheidung zu treffen. Eine Unterscheidung die aber wahrscheinlich zu oberflächlich, zu allgemein und zu undifferenziert ist, um einen echten Ersatz für bisherige Bewertungsschemata zu bilden.

Im übrigen muß auch bedacht werden, daß die Nostalgie ihre Ursache nicht nur in den raschen Veränderungen technologischer und ökonomischer Art haben dürfte. Eine Rolle dürfte hier nicht zuletzt der Abbau zukunftsweisender Visionen in gesellschaftlichen Konzepten, vor allem der linken Parteien, spielen. Visionen über das „neue Leben“ waren ja früher immanenter Bestandteil von Programmen und Parteien, die sich dem Fortschritt verschrieben haben. Dies ist heute immer weniger der Fall.

3. Die Kritik der „Jugend“

Besonders deutlich und ausgeprägt ist die Kritik an der Wachstumsgesellschaft, die aus „der“ Jugendbewegung kommt. Dies deshalb, weil Jugendliche auf Grund geringerer Erfahrung viel radikaler und in reiner Form ihre Kritik zum Ausdruck bringen können. Die Jugend als Kritiker ist dabei nicht nur deshalb ernst zu nehmen, weil sie generationsmäßig der zukünftige Träger der Gesellschaft ist und damit moralisches Anrecht auf Kritik hat. Sie ist auch deshalb von größerer Bedeutung, als früher, weil in einem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, in dem es so rasche Veränderungen gibt, der Wert der Erfahrung an Bedeutung verliert und in den Hintergrund tritt. Jene, die aus dem unmittelbaren Erleben heraus Kritik äußern, können nicht so leicht mit

dem Hinweis auf mangelnde Erfahrung abgewiesen werden. Erfahrung zählt auch objektiv weniger als früher. Dabei muß bedacht werden, daß die Kritik der Jugend nicht nur in verbalen, – schriftlichen und mündlichen – Äußerungen, sondern auch in anderen, „alternativen“ kulturellen Lebensäußerungen in Erscheinung tritt. Vor allem in der Bildung von Subkulturen mit ihrer spezifischen Symbolik, die vielfach notwendig ist, um Gruppenintegration und -identifikation zu ermöglichen.

Es ist natürlich verlockend, die Kritik der Jugend mit dem Hinweis auf immer wiederkehrende Generationskonflikte abzutun und zur Seite zu schieben. Der Soziologe Berger meint dazu: „Durch die Annahme einer Übergangsphase bei Heranwachsenden beschönigt man funktionale Probleme der Gesellschaft deren Integrationsfähigkeit vielmehr einer Kritik unterzogen werden sollte. Befinden sich die Jugendlichen lediglich in einem Durchgangsstadium, dann müssen Erwachsene ihr Verhalten ihnen gegenüber nicht selbstkritisch reflektieren, denn früher oder später werden die ja schon vernünftig werden“⁹.

Man darf es sich aber nicht so leicht machen. Vielmehr müßten alle die Kritik der Jugend als Anlaß nehmen, die den kritischen Verhaltensformen zugrunde liegenden Gesellschaftskonflikte, Widersprüche und Mängel auszuleuchten. Der Jugendsoziologe Mike Brake hat besonders deutlich gezeigt, wie die Entstehung von Subkulturen auf gesellschaftliche Bedingungen zurückzuführen ist, auf strukturelle Widersprüche, die je nach der sozialen Lage erfahren werden: „Reagiert wird auf eine Realität, die vornehmlich über die Ausbildung und Erziehung, die Wohngegend, die Generationszugehörigkeit, das Freizeitverhalten, die sozialen Kontrolltechniken und die dominanten Wertmaßstäbe vermittelt wird. In den Jugendkulturen werden Verhaltensformen eingeübt und ausprobiert, die im Ansatz eine Revoltehaltung gegen Übermächtige und schwer zu fassende soziale Kräfte darstellen. Für eine kurze Zeit während der Jugendphase wird eine kollektive symbolische Identität herausgebildet, die die miese Realität der Industriegesellschaft vergessen macht und das aufregende und stimulierende Gefühl vermittelt, jung und voller Lebensfreude zu sein, ein allzukurzer Augenblick, in der persönlichen Biographie des einzelnen“¹⁰.

Im folgenden sollen an Hand von Äußerungen einige der aktuellen Erfahrungen, die zur Bildung von Subkulturen und subkultureller Symbolik führen, skizziert werden. Dabei muß natürlich berücksichtigt werden, daß verschiedene schichtspezifische Ausprägungen vorhanden sind, von denen aber in diesem Zusammenhang abgesehen werden soll.

Ein wesentlicher Kritikpunkt betrifft die Mängel der Überflußgesellschaft, auf die bereits zu Beginn dieses Beitrages hingewiesen wurde. Genau jener Widerspruch „daß es uns zwar noch nie so gut gegangen ist, wir uns aber gerade das nicht leisten können, was wir am meisten benötigen“, auf den Joan Robinson verweist, ist es, der die Jugend jetzt schon über viele Jahre zur Kritik reizt. Ein Autor, der sich seit langem mit den Jugendproblemen, insbesondere in der Bundesrepublik beschäftigt, Jörg Bopp, meint dazu: „Es ist unsinnig, unsere Gesell-

schaft pauschal eine Überflußgesellschaft zu nennen, und daraus zu folgern, die Jugendlichen lebten allseits von Überfluß umgeben. Niemand würde behaupten, es bestünde Überfluß an Kinderspielplätzen, Jugendzentren, einsichtigen Behörden, anregenden Lehrern und verständnisvollen Eltern. An bestimmten sozialen Gütern besteht heute ein Mangel wie in den Nachkriegsjahren an Kleidung und Nahrung. So erleben die Jugendlichen die Gesellschaft als freigiebig und geizig zugleich: freigiebig im Warenangebot und in der wirtschaftlichen Versorgung, geizig in der Gewährung von Chancen für eine freie emotionale und geistige Lebensgestaltung¹¹.

Diese Kritik an der einseitig orientierten Überfluß- bzw. Wachstums-gesellschaft wird weiter geführt, gewissermaßen in den emotionalen Bereich hinein, wenn von der „kalten“ Gesellschaft gesprochen wird. „Grönland“ und „Packeis“ sind Termini mit denen – nicht zuletzt in der Zürcher Jugendbewegung – die Erstarrtheit der Gesellschaft gekennzeichnet wird. Paul Parin schreibt in einem „Brief aus Grönland“, der in Wirklichkeit die Zürcher Verhältnisse bezeichnen soll: „Das Packeis ist schon länger da, es besteht auch nicht... aus einer altväterlichen-bäuerlichen Mentalität, sondern aus einem dichten Netz von Verbänden, Interessenklüngeln und Pressure Groups, die sich ergänzen, verflechten, bekriegen, einander bei der Gurgel nehmen, wenn es um Profit geht, sich wieder die Hände reichen, wenn es wieder zu wackeln beginnt, sich auch mal trennen, wenn die Verhedderung zu eng wird“¹².

Weiters erwähnt werden soll, die Kritik an der Leistungsgesellschaft, die die Brüchigkeit des Leistungsprinzips und die Ideologiehafteigkeit der Ansprüche durchschaut und kritisiert. Dies führt auch zu einer negativen Einstellung gegenüber traditionellen Arbeitsformen und dem Abbau des herkömmlichen Arbeitsethos. Entweder Arbeit bringt unmittelbar Befriedigung oder sie ist reiner Gelderwerb.

Zentral für die heutigen Äußerungen verschiedener Jugendsubkulturen ist die Zukunftsangst. Eine Angst, die bei Jugendlichen in einem viel stärkerem Ausmaß begründet und berechtigt ist, als das bei der älteren Generation der Fall sein kann. Aus dieser Angst resultiert auch die Ungeduld, mit der auf die rasche Lösung aller Probleme gedrängt wird.

„Die Zukunftsangst verbindet sich in den sogenannten Protesten mit einem Hier- und Jetztdenken. Es bildet sich ein kämpferischer Pragmatismus aus. Der heutigen Revolte bieten sich nicht mehr die weitgreifenden Jugendvisionen einer freien sozialistischen Gesellschaft von 1968... Da die Jugendlichen glauben, daß die Zeit nicht für sie, sondern gegen sie arbeitet, wollen sie jetzt das notwendigste tun: weniger Umweltzerstörung, weniger Kernkraftwerke, weniger Atomraketen, weniger Zerstörung alter Bausubstanz...“.

In diesem Zusammenhang auch ein Wort zur Anti-Atombewegung. Wenn seitens Jugendlicher immer wieder Kritik an der Kernkraft geäußert wird, und diese Kritik einen fixen Bestandteil subkultureller Äußerungen Jugendlicher darstellt, so beruht das nicht unbedingt auf dem Wissen um die aktuelle Gefährlichkeit der Kernkraft. Kernkraft

gilt erstens als Symbol für die stark übertechnisierte, zentral versorgte und gelenkte Gesellschaft. Sie ist ein Symbol der Beherrschung des Menschen durch die Technik. Vor allem aber wird befürchtet, daß durch eine weitgehende Anwendung der Kernkraft zur Energieerzeugung ein bestimmter Weg für die Zukunft festgeschrieben wird. Es handelt sich ja um Investitionen bzw. um Folgeprobleme, die, auch wenn sich erst nachträglich die Gefährlichkeit der Kernenergie herausstellen sollte, nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Diese Festschreibung einer technischen Entwicklung auf eine lange Zeit hinaus ist, was vielen Jugendlichen Angst macht.

4. Schwieriger Diskurs

Die verschiedenen Kritikpunkte an der „kaputten“ Welt der Erwachsenen führen in der Folge zu einer stark antiautoritären Einstellung. Diese Einstellung jugendlicher Subkulturen macht sicherlich den Diskurs mit der älteren Generation schwierig. Diskussionsversuche werden oft nicht ernst genommen, und brüsk zurückgewiesen. Um die Argumentationsweise deutlich zu machen, soll ein abschlägiger Antwortbrief des Schönebergers Besetzerrates auf die Einladung der Deutschen Bundestagskommission für den Dialog mit der Jugend ausführlich zitiert werden: „Sinn und Zweck eurer Expertenrunde ist doch nur die Protestkrankheit zu diagnostizieren, und die Mittel zu finden, uns wieder zu integrieren. Das läuft sowieso wieder darauf hinaus, uns in gute und böse Elemente, bzw. Integrationswillige und Kriminelle zu spalten . . .

Die Jugend könnt ihr nicht zum Patienten machen, wenn das System krank ist. Massive Kriegsvorbereitung, permanentes Risiko, radioaktive Verseuchung, Ausbeutung, Umweltschutz überall, legales Spekulantentum mit unserem Wohnraum, lügende Politikermäuler, das sind die Symptome der Krankheit, die wir bekämpfen“¹⁴.

Und zum Abschluß ihres Briefes meint der Schöneberger Besetzerat: „Ansonsten habt ihr jederzeit die Möglichkeit uns in unseren Häusern zu besuchen, und könnt auch anhören, was wir euch zu sagen haben. Wir garantieren Behandlung gemäß den Statuten der Genfer Konferenz und freies Rückzugsgeleit in die Bundeshauptstadt“¹⁵.

Auch der Ursprung von Gewalt wird auf die bestehende Gesellschaft rückverwiesen und die eigene Gewalt als legitime Gegengewalt dargestellt. In einer ausführlichen Analyse der Zürcher Unruhen unter dem Titel, „Die Angst der Mächtigen vor der Autonomie“ meint ein sympathisierender Autor: „Ich verstehe den Unmut der Jugendlichen, die zum Teil sprachlose Wut der Betonkinder, denn so stand es in einem Flugblatt: „Des Politikers Waffe ist die Sprache“. Und damit wurden und werden die Jugendlichen seit Jahren um ihr Jugendhaus, um ihr Leben auch, betrogen, mit sprachlich verpackter und rhetorisch garnierter Gewalt, der Gewalt der Privilegierten, die sich – zur Unterdrückung anderer die Hände nicht mehr schmutzig – blutig – zu machen

brauchen. Den Jugendlichen und auch anderen haben sie so scheint es, nur grad die Straße und Pflastersteine gelassen“¹⁶.

Auch die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen hat sich ausführlich mit der Frage der Gewalt auseinandergesetzt: „Doch wenn dies auch zu Zerstörungen führt, so ist zu berücksichtigen, was in den gewalttätigen Jugendlichen an positiven Lebenskräften zerstört wurde, bis es soweit kam, und daß das hintergründige Ziel solcher Gewalt nicht Zerstörung, sondern Ausbruch aus der Isolation oder zumindest Eroberung eines Freiraumes ist, in dem eine eigene Identität, ein Leben nach dem persönlichen Selbstverständnis aufgebaut werden kann“.

Man darf aber daraus nicht ablesen, daß seitens der Jugendbewegung Gewalt schlechthin als positiv oder vertretbar angesehen wird. In der Tat kommen Gewaltausübungen sehr selten vor, und bilden kein entscheidendes Charakteristikum der Protestaktionen Jugendlicher.

Man könnte noch viel über die Subkultur bzw. die verschiedenen Subkulturen der Jugendlichen sagen. Eine eingehendere Analyse ihrer Äußerungen wäre sicherlich möglich. Nicht zuletzt ihre Sprüche, die sie auf viele Wände und Häuser „sprayen“, drücken oftmals mehr aus, als eine Analyse längerer Abhandlungen könnte. Einige sollen hier nicht unerwähnt bleiben: „Lieber instandsetzen, als kaputtbesetzen“, „Steine sind keine Argumente, sondern die einzige Sprache die sie verstehen“. „Unsere Träume könnt ihr nicht verhaften“, „Ihr habt die Macht, aber uns gehört die Nacht“.

Dabei wird die deutliche Orientierung auf den emotionalen Bereich hin und die Kritik an der „kalten“, profitorientierten und bürokratischen Gesellschaft deutlich.

Zur Darstellung jugendlicher Kritikpunkte wurde deshalb so ausführlich zitiert, weil Inhalt und Form der Kritik möglichst ungeschminkt und unvermittelt zum Ausdruck kommen sollen.

Auffällig dabei ist sicherlich der Mangel an langwierigen (vielleicht auch langweiligen) Analysen der Entfremdungsphänomene, die sie verspüren und kritisieren. Es gibt auch kaum Argumentationen mit „wenn und aber“. Liegt es aber nicht im spezifischen Erfahrungshorizont Jugendlicher begründet, daß differenzierte Kritik meist unberücksichtigt bleibt? Reagiert unsere Gesellschaft nicht erst auf Provokation (und oft nicht einmal dann)? Von den Älteren wird in einem verzweifelten Abwehrkampf mit dem Hinweis auf ihren Erfolg den Jugendlichen vielfach Mitgestaltung und Mitwirkung vorenthalten. Ja in zunehmenden Maße wird ihnen selbst die Möglichkeit zur Arbeit verwehrt. Ist dann ihr Protest gegen die „Wachstumsgesellschaft“ nicht allzu verständlich und gerechtfertigt?

Eine entscheidende neue Form der „Kritik“ ist das unmittelbare Handeln in „alternativen“ Lebensbereichen. Das geht von der Gründung eigener Werkstätten, Selbsthilfegruppen bis zu Instandbesetzungen. Insbesondere letztere drücken die Ablehnung der Zerstörung bestehender, brauchbarer wenn auch nicht „moderner“ Strukturen (in diesem Fall Häuser und Wohnungen) aus. Dieser unmittelbare Aktionismus, ohne vorherige Erarbeitung grundsätzlicher und langfristiger

Konzepte zur Überwindung gesellschaftlicher Strukturen führt aber gleichzeitig zu Schwierigkeiten im Diskurs mit linken Gruppierungen und Parteien.

Für alle übergreifenden zentralistischen Organisationen, seien es sozialdemokratische Parteien oder die Gewerkschaften, ist es schwierig, mit solchen Jugendkulturen und mit der Jugendbewegung „umzugehen“. „Gesellschaftliche Veränderungen werden nicht mehr gedacht, als das Besetzen von Machtzentren und Kommandohöhen sondern als Vervielfältigung von Lebens- und Arbeitsformen, die die Struktur industrieller Rationalität und Machtausübung durchbrechen“¹⁹. Haben diese Organisationen „industrielle Rationalität und Machtausübung“ zunehmend internalisiert, steht diese heute gerade zur Diskussion. Und auf die Mängel dieser Rationalität zeigen vor allem Jugendliche mit einer Deutlichkeit, für die wir dankbar sein müssen. Denn die Kritik beinhaltet viel Wahres. Außerdem ist die Unzufriedenheit in weniger artikulierter Form weit verbreitet – auch in Österreich!

5. Der Staat der Wachstumsgesellschaft und der innere Frieden

Der Wachstumsgesellschaft – wobei hier nicht zwischen der spezifisch kapitalistischen Ausprägung und den „reinen“ Wachstumselementen unterschieden werden soll – ist es nicht gelungen, gesellschaftliche Konfliktpotentiale in entscheidenden Ausmaßen zu verringern. Erstens ist der Wachstumsprozeß mit einer Reihe zum Teil lebensbedrohender Veränderungen der natürlichen Umwelt verknüpft. Zweitens hat er oftmals zerstörenden Einfluß auf soziale Beziehungen, ohne sich um neue adäquatere Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu kümmern. Drittens kam es, wenn, so nur äußerst unzureichend zu einer ausgeglicheneren Verteilung von Vermögen, Einkommen, Macht, etc. Nicht alle haben gleichermaßen am Wachstum partizipiert.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn vielleicht „alte“ Konfliktpotentiale eingedämmt wurden, aber immer wieder neue entstehen; wahrscheinlich haben wir es überdies mit einer größeren Vielfalt an Konflikten zu tun. Wenn aber einzelne Gesellschaftsgruppen ihre unterschiedlichen „Lebensinteressen“ mit Vehemenz vertreten, wirkt das auf alle bedrohend. Staatliche Autoritäten können sich auf Dauer nicht aus diesen Konflikten heraushalten. Wie soll aber nur der Staat – von einer liberalen bzw. sozialdemokratischen Warte aus gesehen auf diese Bewegungen, auf diese Kritik an der Gesellschaft reagieren?

Nach Norbert Elias ist der Staat vor allem dadurch charakterisiert, daß er das Monopol auf physische Gewalt für sich in Anspruch nimmt. Das Problem der Zukunft besteht seiner Meinung nach darin, dieses Gewaltmonopol auf staatlicher Ebene, auch auf zwischenstaatliche Beziehungen so zu übertragen, daß supranationale Autoritäten mit dem Gewaltmonopol ausgestattet werden. Die nationalen Probleme werden aber dadurch nicht gelöst! Elias vermerkt zu recht den Fortschritt, der darin besteht, daß das Gewaltmonopol auf den Staat beschränkt wird,

und damit die Gewalttätigkeit einzelner zurückgedrängt wird: „Die innere Pazifizierung, die Tatsache, daß für die meisten von uns auch nicht der Gedanke kommen wird, sich auf eine Schlägerei einzulassen, daß wie immer wütend wir auch sein mögen, unsere ganze Persönlichkeitsstruktur auf die Befriedigung abgestellt ist, hat zum guten Teil mit der Effektivität der staatlichen Gesellschaftsstruktur zu tun“²⁰.

Ein Problem, das Elias zu wenig beachtet, auf das aber die Jugendbewegung mit aller Vehemenz hinweist, ist, daß das Gewaltmonopol des Staates – nicht nur im Sinne der Bürokratie sondern im Sinn aller herrschenden Gesellschaftsstrukturen – nicht bloß dazu ausgeübt wird, um Gewalt zu unterdrücken und zu verhindern. Das Gewaltmonopol wird nicht nur in passiver Form, sondern auch aktiv ausgeübt, Gewalt wird nicht nur unzureichend verhindert, sie wird sogar in legalisierter Form direkt und indirekt zugelassen. Hingegen wird vielfach Autonomie und Selbstverwirklichung und damit dauerhafter „Frieden“ verhindert. Für den inneren Frieden einer Gesellschaft genügt also das Gewaltmonopol des Staates als solches nicht. Im Gegenteil, es ist zu beschränken bzw. durch andere Aktivitäten zu ergänzen.

Die Orientierung am Wirtschaftswachstum konnte einige Jahrzehnte lang Frieden und damit jene notwendige Ergänzung zum Gewaltmonopol darstellen. Wie wir aber zu Beginn gesehen haben, genügt es nicht mehr, den Großteil der Bürger am steigenden Wohlstand in traditioneller Form zu beteiligen. Die Wachstumsgesellschaft und die an ihr orientierten Bewegungen, insbesondere die Arbeiterbewegung haben nicht mehr jene Integrationskraft, die sie in früheren Zeiten für fortschrittliche Gruppierungen gehabt haben. Dies nicht zuletzt deshalb, weil Wachstum nicht mehr in jenem Ausmaß realisierbar erscheint, wie dies noch vor 10 Jahren der Fall war. Aber auch deswegen weil die negativen Konsequenzen ungehemmten Wachstums deutlicher zu Tage treten. Neue vielfach divergierende Wünsche und Vorstellungen werden geäußert. Anforderungen werden gestellt, die mit den traditionellen, eindeutigen Aussagen und Zielvorstellungen einer Wachstumsgesellschaft nicht mehr zu bewältigen sind. Welche neue Friedensbedingungen sind aber notwendig? Der Deutsche Politologe und Politiker Peter Glotz meint dazu: „Der Staat steht einem Staatsvolk gegenüber, daß in seinen Lebensorientierungen immer mehr auseinanderfällt. Der Wohlstand begünstigt das Leben gegen die Klassenlage. Ich greife – mit Blick auf die Stadt Berlin – nur 3 Gruppierungen heraus: Die alternative Szene in all ihren Ausfaltungen, die türkischen Arbeiter und ihre Familien, die deutschen Facharbeiter und die technische Intelligenz. Wenn das staatliche Personal nicht – Schritt für Schritt – ein Ethos des Vermittelns entwickelt, eine bewußte Bereitschaft zur Übersetzung, zur Kommunikation, zur Anerkennung der Verschiedenheiten, sondern wenn sie ihre eigene Klientel im Auge, das Mehrheitsbewußtsein exekutiert, wäre es um den inneren Frieden dieser Gesellschaft geschehen“²¹.

Die Befriedigung divergierender Interessen wird dabei in einer stagnierenden Gesellschaft nicht gerade leichter. Auf diese Probleme

verweist vor allem Lester Thurow ausführlich, wenn er zum Ausdruck bringt, daß es kaum mehr Problemlösungen gibt, die alle gleichermaßen und doch zumindest alle *irgendwie* besser und damit zufrieden stellen²². Vielfach steht den wirtschaftlichen Gewinnen auf der einen, wirtschaftliche und soziale Verluste auf der anderen Seite gegenüber. Man kann aber nicht einfach die Verluste der einen durch die Gewinne der anderen rechtfertigen. Immer bedarf es Kompensationen, um die Verluste auszugleichen. Kompensationen, die so weit als möglich, aus den zusätzlichen ökonomischen Gewinnen zu bezahlen wären. Daher möchte Lester Thurow eine Innersystemlösung verwirklichen und schlägt Problemlösungen vor die darauf hinauslaufen, stärkeres Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, aus dem dann die ökonomischen und sozialen Verluste abgegolten werden können. Eine entscheidende Frage wird aber sein, ob es uns gelingt, so hohe Wachstumsraten zu verwirklichen, daß die verschiedenen ökonomischen Benachteiligungen und Verluste, die mit dem Wachstumspfad verbunden sind, ausgeglichen werden können? Oder ob es nicht vielfach notwendig sein wird, Benachteiligungen und Ungleichheiten – zu beheben, auch ohne aus der unerschöpflichen Quelle wirtschaftlichen Wachstums schöpfen zu können, bzw. ob gewisse Verluste gar nicht kompensiert werden können und von vornherein zu vermeiden wären? Jegliche Veränderung – mit oder ohne – nationalem Wirtschaftswachstums bringt Verteilungsprobleme mit sich, die in Zukunft deutlicher zutage treten werden und damit den Entscheidungsmechanismus des Staates stärker in Anspruch nehmen werden.

Noch bedeutender jedoch für die Sicherung des inneren Friedens als die Frage des Wirtschaftswachstums scheint mir die Frage der Vollbeschäftigung zu sein. Vollbeschäftigung ist ein Wert an und für sich, denn jeder, der dazu fähig ist, hat einen Anspruch darauf, die Mittel zu seiner Lebenserhaltung und -gestaltung primär selbst zu erarbeiten. Dies ist eigentlich der Minimalanspruch, den der Bürger an die Gesellschaft stellen kann. Und dies ist die geringste Form der Anerkennung, die die Gesellschaft dem einzelnen gewähren muß. Damit ist Vollbeschäftigung auch ein wesentlicher „Sicherheitsfaktor“ im Sinn des von Glotz zitierten inneren Friedens.

Aber auch diesbezüglich hat die Wohlstandsgesellschaft, jedenfalls in reicheren Ländern zu Veränderungen geführt. Zwar ist Vollbeschäftigung nach wie vor die Voraussetzung dafür, daß eine *weitverbreitete* Bereitschaft zu sozialen Reformen besteht, und sie ist vielfach auch die Voraussetzung dafür, daß auch kleinere Gruppen mit Erfolg ihre qualitativen Ansprüche an eine liberalere, ihren Interessen gegenüber offenen Politik stellen können. Allerdings auf der anderen Seite hat drohende Arbeitslosigkeit, ja sogar in dem Ausmaß wie sie in vielen kapitalistischen Ländern derzeit vorzufinden ist, insoweit an Schrecken verloren, als auf Grund des Systems der sozialen Sicherheit nicht jeder der arbeitslos wird, mit dem Untergang seiner Existenz rechnen muß. Diese soziale Absicherung die ein wesentliches Ziel gerade der Arbeiterbewegung war, hat offensichtlich dazu geführt, daß Kritiker des

Systems, die Jugend, Grüne usw. nicht mehr so leicht mundtot gemacht werden können, wie dies auch die Aktivitäten der betroffenen Bewegungen in Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit zeigen. Und in einer weniger radikalen, missionarischen Form werden solche kritischen Ideen durchaus von breiteren Schichten der Bevölkerung vertreten. Heißt das nun, daß Vollbeschäftigungspolitik von den Vertretern „alternativer“ Wirtschafts- und Gesellschaftspolitischer Zielsetzungen mißachtet werden kann? Keineswegs. Denn abgesehen von den durch Arbeitslosigkeit geschaffenen menschlichen Problemen schwächt sie in nicht unbeträchtlichem Ausmaß, die Liberalität und Offenheit des Staates und der Gesellschaft gegenüber den divergierenden, wenn auch im einzelnen oftmals berechtigten Minderheiteninteressen. Andererseits kann der Staat nicht damit rechnen, daß solche Anforderungen mit zunehmender Arbeitslosigkeit überhaupt verschwinden.

Alle am gesellschaftlichen Fortschritt in Form einer liberalen Lebensgestaltung Interessierten müßten also anerkennen, daß Vollbeschäftigung ein wesentliches Ziel für den inneren Frieden ist, so wie die Kernschichten der Arbeiterbewegung und ihre Repräsentanten anerkennen müssen, daß zum inneren Frieden ebenso eine gegenüber „alternativen“ Gruppen liberale und vermittelnde Politik notwendig ist. Deren Interessen und Wünsche (nach selbstbestimmter Arbeit, „sauberer“ Umwelt etc.) sind ja meist berechtigt, wenngleich nicht immer für alle gleichermaßen durchsetzbar. Vielleicht ist nicht zuletzt dies das Entscheidende für den „sozialdemokratischen“ Staat: Der Staat primär als vermittelnder und verteilender und nicht so sehr als produzierender. Unabhängig vom tatsächlich zu realisierenden Wachstum und unter Berücksichtigung der entstehenden Wachstumskosten kann nur durch eine Strategie der Vollbeschäftigung (unter anderem durch Arbeitszeitverkürzung) und der Schaffung individueller und kultureller Freiräume der innere Frieden gesichert werden. Gerade die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften haben ja für beides gekämpft für Vollbeschäftigung und die soziale und kulturelle Verwirklichung des Menschen.

Anmerkungen

- 1 Robinson, J., *Jenseits der Vollbeschäftigung*, Kleine Schriften zur Ökonomie, Suhrkamp Verlag 1968, S. 27
- 2 ebenda, S. 35 f
- 3 Robinson, J., *Spätkapitalismus*, a. a. O., S. 54
- 4 Diskussion: *Industrialisierung der inneren Natur: Kapitalismus und bürgerliche Gesellschaft*, in: *Was ist heute noch links*, Berlin 1981, S. 196
- 5 Amery, C., *Der konservative Selbstverrat* in: Glaser, H., (Hrsg.) *Fluchtpunkt-Jahrhundertwende*, Bd. 1, S. 86
- 6 Maschke, G., *Ende und Zukunft des Konservatismus*, ebenda, S. 278
- 7 Galbraith, J. K., *Den Konsens erneuern*, *Die Zeit*, Nr 11, 6. 03. 1981
- 8 Baake D. *Nostalgie – Ein Phänomen ohne Theorie*, in: Glaser, H., (Hrsg.) *Fluchtpunkt – Jahrhundertwende*, Bd. 2, S. 97
- 9 Berger, B., *Adolescence and beyond*, in *Social Problem*, Bd. 10, S. 407
- 10 Brake, M., *Soziologie der Jugendlichen Subkulturen*, Frankfurt/New York 1981, S. 171

- 11 Bopp, J., Wir machen es jetzt, in: Glaser, H. (Hrsg.) a. a. O., S. 104
- 12 Parin, P., Brief aus Grönland, in: Kursbuch 65, S. 75
- 13 Bopp, J., Trauer Power in: Kursbuch 65, S. 163
- 14 Damit ihr wißt, wo's langgeht, Frankfurter Rundschau 3. 12. 1981
- 15 ebenda
- 16 Howald, R., et. al., Die Angst der Mächtigen vor der Autonomie, Horgen 1981, S. 185
- 17 Thesen zu den Jugendunruhen 1980, Bern 1980, S. 16
- 18 ebenda, S. 27
- 19 Berman, R. u. Knödler-Bunte, E., Identitätskrise der Linken? in: Was ist heute noch links? Berlin 1981, S. 91
- 20 Elias, N., Zivilisation und Gewalt, in: Ästhetik und Kommunikation 43, S. 6
- 21 Glotz, P. Antagonistische Kooperation, Der belagerte Staat – 300 Jahre nach Hobbes, in: Die neue Gesellschaft Nr 10, 1981, S. 872
- 22 Thurow, L., The Zero Sum Society, New York, 1980